

(A) Beginn: 12.03 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 110. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Die heutige Sondersitzung findet auf Antrag von 100 Abgeordneten der Fraktion der SPD gemäß Artikel 38 Abs. 4 unserer Landesverfassung zur Durchführung der dritten Lesung des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 1989 statt.

Ich begrüße auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Tribüne als Zuhörer sowie die Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich 25 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4273

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksache 10/4293

dritte Lesung

Da seit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs am 28. April keine weitere Ausschüßberatung stattgefunden hat, ist Beratungsunterlage für die heutige dritte Lesung des Gesetzentwurfs die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung, die Ihnen mit Drucksache 10/4293 vorliegt.

In die Beratung einbezogen wird der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4324, über den wir nach der Verabschiedung des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes abstimmen werden.

Ich eröffne nun die Beratung. Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Reul das Wort.

Reul (CDU): Meine Damen und Herren, wir haben heute diese Sondersitzung - - (C)

Präsident Denzer: Nein, Sie fangen anders an.

Reul (CDU): Herr Präsident, Entschuldigung!

Präsident Denzer: Richtig! Wir wollen uns hier doch an die Etikette halten.

(Heiterkeit)

Sie haben noch einmal das Wort.

Reul (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident!

Präsident Denzer: Sehr richtig!

Reul (CDU): Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Diese Sondersitzung hat die SPD-Fraktion zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz beantragt, und ich denke, daß wir darüber gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten dieses Landes diskutieren können. Ich meine aber, daß man am heutigen Tage nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Meine Damen und Herren, ich denke, wir alle sind zutiefst betroffen von den Ereignissen, die aus Berlin gemeldet werden, von den Ausschreitungen, von den Straßenschlachten,

(Zurufe von der SPD: Zum Thema!)

davon, daß über 300 Polizisten verletzt sind und zum Teil noch in Krankenhäusern liegen. Ich meine, meine Damen und Herren, wenn sich an einem solchen Tage Politiker treffen, sollten sie den Berliner Polizisten und ihren Familien Betroffenheit und Mitgefühl übermitteln. (D)

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P. und von Abgeordneten der SPD)

Und ein zweites, meine Damen und Herren, trotz aller parteipolitischen Auseinandersetzungen! Wir haben erstmalig seit Beginn der 80er Jahre wieder solche Straßenschlachten in Berlin erlebt, und ich denke, es ist dann auch Anlaß, unseren Polizisten dafür Dank zu sagen, daß sie unseren Rechtsstaat sichern, und zwar gegen Radikale von links und von rechts, und die Polizisten in der Bundesrepublik Deutschland sollten wissen, daß sie dabei unsere volle Unterstützung haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P. und von Abgeordneten der SPD)

(Reul (CDU))

- (A) Nun zum Nachtragshaushalt, den die Landesregierung des Ministerpräsidenten Rau eingebracht hat und über den wir hier miteinander diskutieren wollen!

Bei der Vorbereitung auf diese Debatte ist mir ein Prospekt in die Hände gefallen, den die Landesregierung, den dieser Ministerpräsident - ich hoffe, er kommt gleich wieder in die Debatte hinein - publiziert hat. Dieser Prospekt preist die Landesregierung Rau sowie ihre Leistungen und entwickelt ein Bild von der Zukunft unseres Landes. Aus diesem Prospekt "Ein Stück von uns" möchte ich gerne mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

Hier macht Bildung Schule. Im Land der Lernenden und Lehrenden wird Chancengleichheit beim Wort genommen.

(Beifall bei der SPD)

Wer hier aus der Schule plaudert, kann nur Gutes berichten, von Startmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven für jeden einzelnen.

- So beschreibt die Landesregierung ihre Bildungspolitik, so formuliert die Landespolitik des Ministerpräsidenten Rau ihren Anspruch an Bildungs- und Schulpolitik.

- (B) Ebenfalls ist mir ein Brief in die Hand gefallen, den ich vor einigen Tagen von einem Vater bekommen habe, der seit einem halben Jahr seine Freizeit und nicht unerhebliche Geldmittel investiert, um den Verfassungsanspruch seines Kindes auf ordnungsgemäßen Unterricht durchzusetzen. Dieser Vater beurteilt die Bildungspolitik in diesem Lande völlig anders.

(Aigner (SPD): Einzelne gibt es!)

Das Anliegen ist mir zu ernst, als daß man das durch einen solchen Zwischenruf: "Ein Einzelner!" versucht herunterzumachen.

(Beifall bei der CDU)

Der Vater beurteilt die Bildungspolitik anders. Sein Kind besucht eine Sonderschule für Lernbehinderte, und der Vater schreibt voller Enttäuschung - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -

... daß z. B. Schülerinnen und Schüler unserer Lernbehindertenschule allein in den letzten drei Schulbesuchsjahren ein Fehl an Beschulung von mehr als einem Unterrichtsjahr gegenüber den vergleichbaren Hauptschülern haben.

- (C) Er weist mit Recht darauf hin, daß die Sonderschule doch eigentlich nicht weniger, sondern ein Mehr an Förderung durch Beschulung sicherstellen sollte.

Nun heißt es bei Ihnen, Herr Ministerpräsident Rau, in Ihrem Hochglanzprospekt:

Wer hier aus der Schule plaudert, kann nur Gutes berichten.

Und weiter:

Im Land der Lernenden und Lehrenden wird Chancengleichheit beim Wort genommen.

Ich kann nur hoffen, daß der Vater dieses Sonderschülers diesen Prospekt nie zu Gesicht bekommt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wickel (F.D.P.))

Sie, Herr Ministerpräsident Rau, erwecken den Anspruch, die Zukunft unseres Landes gestalten zu wollen. Sie erwecken bei den Menschen im Lande Hoffnung, daß ihre Interessen und ihre Sorgen bei Ihnen gut aufgehoben sind. Sie behaupten, daß Ihre Politik jedem Startchancen für Leben und Beruf ermöglicht. Sie beanspruchen ein Monopol für eine Politik der Chancengleichheit.

Die Wirklichkeit, die der Vater des Sonderschülers erlebt, sieht völlig anders aus, und das ist kein Einzelfall.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wickel (F.D.P.))

Sprüche auf Hochglanzpapier ersetzen nicht politisches Handeln und ersetzen auch nicht konkrete Hilfen für den Menschen.

Der vorliegende Nachtragshaushalt muß sich an diesen Ansprüchen, aber auch an den tatsächlichen Ergebnissen messen lassen. Statistische Schönfärberei reicht auf Dauer nicht aus.

Ich möchte daran erinnern: Diese Landesregierung hat den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst unterschrieben. Dieser Ministerpräsident konnte nicht schnell genug öffentlich erklären, daß er diesen Tarifvertrag voll umsetzt, auch für Lehrer. Damit haben Sie, Herr Rau, Hoffnungen geweckt, und darauf haben sich viele Menschen verlassen.

Das Ergebnis liegt heute vor, und für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bleibt

(Reul (CDU))

- (A) letztlich nichts anderes als Enttäuschung, insbesondere für die 160 000 Lehrerinnen und Lehrer. Sie haben sich alle auf eine Absprache eingelassen, auf einen Teil ihrer Gehaltssteigerungen zugunsten günstiger Arbeitszeit und vor allem zugunsten von Neueinstellungen junger Kolleginnen und Kollegen verzichtet. Diesen Solidarbeitrag haben sie im Vertrauen auf die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung, dieses Ministerpräsidenten geleistet. Dieser Vertrauensvorschuß wird mit dem vorliegenden Zweiten Nachtragshaushalt verspielt.

Ist es eigentlich sozial, Herr Ministerpräsident, wenn jeder dritte Lehrer von der Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen wird, nur weil er älter als 50 Jahre ist? Das sind diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die in der Nachkriegszeit unter recht schwierigen Bedingungen und großem Einsatz das Schulwesen aufgebaut haben. Diese Lehrer haben nach meiner Auffassung Anerkennung verdient und keine soziale Ausgrenzung.

(Beifall bei der CDU)

Für die Eltern und für die Kinder ist die Enttäuschung noch größer. Sie hatten darauf vertraut, daß die Regierung Rau endlich etwas tut, um den dramatischen Unterrichtsausfall von 300 000 Wochenstunden pro Woche wenigstens etwas zu verringern.

- (B) Die traurige Wirklichkeit sieht anders aus: Der Unterricht, der durch die Arbeitszeitverkürzung ausfällt, wird nicht ersetzt. Lediglich 300 Stellen für Grundschulen werden dafür neu zur Verfügung gestellt. Das heißt, der Unterrichtsausfall wird nicht abgeschafft, wird nicht einmal verringert, sondern im Gegenteil um rund 30 000 Wochenstunden erhöht werden.

Ein drittes Beispiel: Weil 1 200 Lehrerinnen und Lehrer den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, spart das Land rund 75 Millionen DM; das bezahlt Born. Doch nur 500 Ersatzbeschäftigungen sind vorgesehen. Das Land verdient weiter 42 Millionen DM auf Kosten unserer Kinder. Der Finanzminister stopft damit seine Haushaltslöcher. Die Frauen werden zur Reservekasse der maroden Landesfinanzen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wickel (F.D.P.))

Stellen wir uns einmal einen Moment vor, meine Damen und Herren, dieses würde in der Wirtschaft stattfinden. Was würden Sie, Herr Ministerpräsident, über einen Unternehmer sagen, der einen von Ihnen abgeschlossenen

Tarifvertrag in dieser Form umsetzt? Wie würden Sie einen Unternehmer beurteilen, der die Arbeitszeitverkürzung unterschreibt, aber nur zum Teil umsetzt, der insbesondere die älteren Arbeitnehmer benachteiligt, der die Frauen dafür benutzt, 42 Millionen DM einzusparen? (C)

(Zustimmung bei der CDU
- Dr. Dammeyer (SPD): Wie die Landesregierung Hessen zum Beispiel! Hessen und Baden-Württemberg!)

Ich sehe, meine Damen und Herren - Herr Dr. Dammeyer regt sich richtig auf -, ich sehe schon die sozialdemokratischen Betriebsgruppen marschieren und gegenüber dem Ministerpräsidenten dieses Landes die unglaubliche Behandlung, die unsoziale Handlungsweise und die frauenfeindliche Unternehmenspolitik beschimpfen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie, Herr Rau, wären der erste in diesem Lande, der den Vertrauensverlust für die Menschen beklagen würde. Und das beklage ich!

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Jaax (SPD))

Denn das, was Sie mit dem vorliegende Nachtragshaushalt tun, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, trifft exakt diesen Sachverhalt.

Was antworten Sie, Herr Ministerpräsident Rau, einer Mutter, die ihr Kind nicht im ersten Schuljahr, sondern zufälligerweise im zweiten Schuljahr hat und sich fragt, warum eigentlich ihr Kind jetzt in einer größeren Klasse unterrichtet werden soll? Was sagen Sie eigentlich der Mutter eines Kindes, dessen Klassenlehrerin in Erziehungsurlaub geht und das dafür keinen Ersatzunterricht bekommt? Wie erklären Sie es eigentlich der Mutter, daß ihrem Kind Unterricht vorenthalten wird, weil Sie, Herr Rau, nicht in der Lage sind, zumindest den Unterrichtsausfall abzubauen? Ihn total abzubauen, verlangt ja niemand, aber wenigstens einen Schritt in die Richtung zu tun!

(Trinius (SPD): Sie scheinen den Nachtrag überhaupt nicht zu kennen! - Minister Schleißer: Er hat ihn nicht gelesen!)

Was antworten Sie, Herr Ministerpräsident Rau, dem Vater des Sonderschülers, der darauf hinweist, daß seinem Kind ein Jahr Bildung vorenthalten wird?

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

(Reul (CDU))

- (A) Die Rechnung ist sehr einfach - Herr Aigner, Zwischenrufe und Lautstärke nützen da nichts -, denn wir hatten uns ja bei der zweiten Lesung verständigt, daß Mathematik zählt. Daher reicht es nicht aus, die neuen Stellen zu addieren, sondern Sie müssen auch sagen, was zusätzlich ausfällt, und in der Gegenrechnung wird das Ergebnis erst deutlich.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dieser Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren, erweckt den Eindruck, es würden zusätzliche - also mehr - Lehrer eingestellt und damit die anstehenden Probleme der Unterrichtsversorgung und der kleinen Klassen gelöst. Die Wirklichkeit ist anders. Dieser Nachtragshaushalt ist ein einziger Bildungsbetrug an unseren Kindern!

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, wie lange wollen Sie eigentlich noch mit den Startchancen unserer Kinder so umgehen? Hochglanzprospekte können, denke ich, nicht länger von diesem Bildungsbetrug im Lande Nordrhein-Westfalen ablenken. Hoffnungen, Zukunftsvisionen, Solidarisierungssappelle reichen nicht mehr aus. Das Gerede von der Zukunftsgestaltung ist unehrlich, wenn die Politik nicht bereit ist, dem Reden das Handeln folgen zu lassen. Da werden Fassaden aufgebaut, die werden bunt angemalt, und dahinter ist alles hohl und leer.

(B)

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

Potemkinsche Dörfer sind keine Antwort auf die Zukunftsfragen unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Nicht alles ist machbar, was gemacht werden müßte. Aber dann darf man auch nicht falsche Hoffnungen wecken und falschen Applaus einfordern. Dann müssen beide Seiten beachtet werden.

Und damit das alles nicht auffällt, wird der Haushalt in beispielloser Eile, Hast und Hektik durchgepeitscht. Damit nur keiner auf die Idee kommt, zuviel nachzufragen oder nachzudenken! Es könnte ja sein, daß der Bildungsbetrug auffällt.

(Aigner (SPD): Sie sollten mal mit nachdenken!)

Ich habe Sorge, meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, daß eine solche,

unehrliche Politik, die Erwartungen und Hoffnungen weckt, aber Hoffnungslosigkeit hinterläßt, große Enttäuschung und Resignation bei den Menschen zur Folge hat. Verdrossenheit in der Politik - darüber reden wir ja bei jeder Sonntagsrede - hat ihre Ursache auch darin, daß Politiker zu oft Hoffnungen wecken, Erwartungen wecken, die sie nachher nicht einlösen können. Da muß man vorher ehrlich sein.

(C)

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

Der Bildungsbetrug des vorliegenden Nachtragshaushaltes ist kein Einzelfall;

(Trinius (SPD): Oh! Noch dieser Griff in die Klamottenkiste!)

denn immer, Herr Trinius, wurden unangenehme Probleme und Entscheidungen auf andere weggeschoben. Das erleben wir hier seit Jahren. Die eigenen Probleme werden nicht gelöst, sondern die Landesregierung feiert sich auf Hochglanzpapier.

Eine Politik, die Probleme nicht ehrlich und nicht konsequent anpackt und sie auch nicht löst, ist eine feige Politik. Kurzfristig kann man damit vielleicht Appiaus ernten, doch am Ende bleiben Enttäuschung und verpaßte Zukunftschancen.

Meine Damen und Herren, zwei Sätze fassen das zusammen, und zwei Sätze möchte ich von mir aus dem Ministerpräsidenten dieses Landes doch als Bewertung mit auf den Weg geben: So darf man mit Menschen nicht umgehen.

(D)

(Zuruf von der SPD: Gott, oh Gott!)

Und: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Trinius das Wort.

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln heute den Zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 1989 in dritter Lesung. Ich glaube, ich kann es heute, insbesondere nach dem Beitrag des Kollegen Reul, sehr kurz machen.

Herr Kollege Reul, so sollte man mit Vorfagen, die der Landtag von der Landesregierung und teilweise von den Ausschüssen erhält, nicht umgehen. Ich schlage Ihnen

(Trinius (SPD))

(A) vor, solche Vorlagen doch zuerst einmal zu lesen; dann können Sie darüber reden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe selten einen Beitrag in zweiter oder dritter Lesung von einem Kollegen der Oppositionsfraktion gehört, bei dem ich mich gefragt habe, ob er denn überhaupt zur Kenntnis genommen hat, worüber er hier abstimmt.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie werden beobachtet haben, daß wir uns hier in der ersten und in der zweiten Lesung als Finanzpolitiker zurückgehalten haben. Völlig zu Recht - denn dies ist ein Nachtragshaushalt, der nahezu ausschließlich von bildungspolitischen Vorstellungen bestimmt ist.

Der Auslöser war das Programm, das Herr Möllemann im Herbst vorigen Jahres vorge schlagen hat. Es hat ein halbes Jahr gedauert, bis die Bundesregierung den Vorstellungen von Herrn Möllemann zu folgen bereit war.

(Hört, hört! bei der SPD)

An dem Tag, an dem das Bundeskabinett den Nachtragshaushalt für den Bund beriet und beschloß, am selben Tage hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, das Kabinett Johannes Rau, den Zweiten Nachtrag für Nordrhein-Westfalen beschlossen. Schneller, meine Damen und Herren, konnte die Landesregierung und durfte sie auch nach der Rechtslage überhaupt nicht handeln!

(Beifall bei der SPD)

Wofür Sie ein halbes Jahr gebraucht haben, das hat die Landesregierung an einem Tage zuwege gebracht.

(Zuruf von der CDU: So sieht es auch aus!)

- So sieht es auch aus? - Wir werden es uns gern ansehen.

Sie wissen, in welchem Umfang Hilfen für die Hochschulen geleistet werden. Das ist ein Umfang von gut 250 Stellen, die besetzt werden können. Diese Stellen werden für einen Zeitraum bereitgestellt, in dem wir mit einer Überlast in bestimmten Studiengängen an unseren Hochschulen rechnen müssen.

Sie haben dann hier die Frage der Umsetzung des Tarifvertrages angesprochen. Wir wollen

darauf gern antworten. Die erste Antwort, die hier im Landtag nach Abschluß des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst gegeben worden ist, lautet: Wir werden im Rahmen der finanzpolitischen Möglichkeiten des Landes Nordrhein-Westfalen diesen Tarifvertrag so umsetzen, daß er bedeutende beschäftigungspolitische Effekte im Lande Nordrhein-Westfalen auslöst.

(Sehr wahr! bei der SPD)

Dies ist mit Einbringung des Haushalts 1989 im Herbst vorigen Jahres geschehen. Wir haben Ihnen damals - und das konnte gar nicht bestritten werden - dargelegt, in welchen Größenordnungen sich die beschäftigungspolitischen Effekte darstellen lassen. Damals ging es um 2 000 Stellen, die gesichert wurden, und um 2 000 neue Stellen, die bereitgestellt wurden. Das heißt, daß 2 000 Neueinstellungen vorgenommen werden konnten.

Wenn Sie sich das Ergebnis des Zweiten Nachtragshaushalts ansehen, stellen Sie eine erhebliche Erhöhung und Steigerung fest. Durch den Landeshaushalt werden nämlich etwa 4 130 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen gesichert. Der Landeshaushalt bietet allein in diesem Jahr 1989 die Möglichkeit zu 4 130 Neueinstellungen. Das aber, Herr Kollege Reul, ist mehr, als der Tarifvertrag von seinem Ergebnis her hergibt. Sie können den Finanzminister gern fragen, welche Minderung der Schätzungen nach der Mittelfristigen Finanzplanung der Abschluß des Tarifvertrages erlaubte, und Sie können ihn gern auch fragen, um wieviel wir denn mit den Beschlüssen, die wir schon getroffen haben, und denen, die wir heute abschließend treffen wollen, den sogenannten eingesparten Betrag überschreiten werden. Dies geht in eine Größenordnung von mehreren hundert Millionen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, und dann werden Sie über den Tarifvertrag ganz anders reden.

Herr Kollege Reul, ein Blick in andere Länder lohnt. Hessen und Baden-Württemberg haben entschieden, für bestimmte Teile des öffentlichen Dienstes die Arbeitszeitverkürzung in der Weise umzusetzen, daß die Ferien um drei Tage verlängert werden. Nach Ihrer Argumentation müßte das eigentlich heißen: Da fällt Unterricht planmäßig zusätzlich aus, drei Tage im Jahr für jeden. Das lassen Sie völlig außen vor.

Aber interessanter ist ja noch: Wenn man die Ferien um drei Tage verlängert, dann ist der beschäftigungspolitische Effekt dieser Maßnahme gleich Null. Wenn man aber die Unter-

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) richtsverpflichtung, die Pflichtstundenzahl der Lehrer verkürzt - und dies geschieht ja -, hat man unter Beibehaltung des Unterrichtsangebotes für die Schüler einen beschäftigungspolitischen Effekt. Diesen hat der Kollege Dammeyer in mehreren Rechenarten - ohne zu Hilfenahme der Mengenlehre - in der zweiten Lesung dargelegt, und der Kollege Pohl hat ihm da auch zugestimmt, daß Nordrhein-Westfalen allein in diesem Schuljahr, was die Lehrer betrifft, 2 060 Neueinstellungen vorgenommen werden. Darin enthalten sind auch die 100 Stellen für Aufstockungen.

Dies alles sollten Sie nicht leugnen. Wer das leugnet, verdirbt wider besseres Wissen und offenbar in böser Absicht die Atmosphäre in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir mit meinem Kollegen sowohl im Arbeitskreis Haushalt und Finanzen wie im Arbeitskreis Schule und Weiterbildung wie auch im Arbeitskreis Arbeit, Gesundheit, Soziales in einem Punkt regelmäßig einig - es gibt viele Fragen, die streitig abgeklärt werden müssen -: daß wir uns engagieren müssen für die Belange von Behinderten. Dafür haben wir etwas getan, als wir seinerzeit die Landschaftsverbände besser ausgestattet haben, damit die in Internaten untergebrachten Behinderten dafür nicht zusätzlich zahlen mußten, sondern die Kosten vom Landschaftsverband getragen werden konnten. Denn immerhin gehen diese Behinderten ja einer staatlich verordneten Schulpflicht nach. Dafür haben wir in einem längeren Zeitraum regelmäßig gesorgt, indem wir über die Rechtsverordnung hinaus zusätzliche Einstellungen, insbesondere an Sonderschulen für Lernbehinderte, ermöglicht haben. Sie wissen das. Sie wissen auch, daß wir damit über den Rahmen der Rechtsverordnung hinausgegangen sind, weil wir diesen Bedarf gesehen haben und weil wir wissen, daß die Sonderschulen für Lernbehinderte einen besonderen Brennpunkt der sozialen Probleme in unserer Gesellschaft darstellen. An kaum einer anderen Stelle verknüpfen sich die Probleme in dieser Dichte.

Sie wissen auch, daß mit diesem Haushalt Neueinstellungen an Sonderschulen - nicht nur für Lernbehinderte, sondern auch an anderen Sonderschulen - erneut möglich gemacht werden. Sie wissen weiter, daß in den Erläuterungen steht, daß damit de facto eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation erreicht werden kann und erreicht werden soll.

Abschließend kann ich zu Ihnen, Herr Kollege, nur sagen: Bei diesem Haushalt macht Bildung nicht nur Schule, sondern hier hat Bildungspolitik Haushaltspolitik gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Da Sie aber so sehr auf Unruhe und Unzufriedenheit geblickt haben und sie offensichtlich schüren wollen, lassen Sie mich einen Satz auch noch in aller Klarheit sagen: Angesichts dieser erheblichen Verbesserungen habe ich persönlich überhaupt kein Verständnis dafür, wenn Gewerkschaften daran denken, nun zum Streik im öffentlichen Dienst, bei den Lehrern, aufrufen zu wollen. Dies würde der tatsächlichen Situation, dies würde den Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen in keiner Weise gerecht. Es wäre gut, wenn die Gewerkschaften nicht nur ihren eigenen Beitrag zur Kenntnis nähmen, sondern auch alles das, was Sie hier bewußt verschweigen.

Sie führen die Öffentlichkeit in die Irre. Was wir mit diesem Nachtragshaushalt leisten, ist ein erheblicher Beitrag zur Verbesserung der Situation in bestimmten überlasteten Studiengängen an unseren Hochschulen und auch zu strukturellen Verbesserungen im Schulwesen unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Herr Abg. Wickel das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einiges, was heute unter diesem Tagesordnungspunkt hier anklang, könnte man mit der Überschrift "Halbherzig" versehen. Halbherzig war zumindest der Beifall der Kollegen der SPD, als Herr Kollege Reul die Berliner Vorfälle ansprach.

(Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie überlegen, wie Sie eben beim Kollegen Trinius, als er die böse Absicht und Unruhe fabrizierend unterstellte, in starken Beifall ausbrachen, dann paßt da einfach etwas nicht zusammen. Denn was in Berlin passiert, ist schrecklich, auch dann, wenn dort ein Regierender Bürgermeister der SPD angehört.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Frau Heemann (SPD): Er scheint wieder nichts verstanden zu haben.)

Als Liberaler hat man immer eine besondere "Schmerzgrenze": Wenn ich mir überlege, was

(C)

(D)

(Wickel (F.D.P.))

- (A) mit uns passiert wäre, wenn wir vor der Wahl und nach der Wahl gesagt hätten, "mit diesen Vögeln, den Alternativen, gibt's nichts", und dann wird der Pakt abgeschlossen, unter die Bettdecke gekrochen.

(Dr. Farthmann (SPD): Mein Gott, wir machen heute eine dritte Lesung!)

und alles ist nicht mehr wahr. Und Sie klatschen noch nicht einmal, wenn diese Vorfälle hier angesprochen werden und die Gemeinsamkeit der Demokraten in diesem Landtag gefordert ist. Das sollten Sie sich einmal merken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Überhaupt kann man über diesen Nachtragshaushalt nur sagen: Dieser Nachtragshaushalt muß etwas mit schlechtem Gedächtnis zu tun haben; mit schlechtem Gedächtnis deshalb, weil es alle Forderungen der Opposition in diesem Plenum sind.

(Dr. Heinemann (Essen) (SPD): Wir sind auch zuständig! - Eichhorn (SPD): Ach Gott, ach Gott! - Hovest (SPD): Dann hör' doch auf zu reden!)

die bisher immer mit Begriffen wie "unseriös", "nicht gedeckt" abgelehnt wurden. Jetzt kommt die SPD, beantragt in diesem Nachtragshaushalt die Stellen, und auf einmal ist das nicht mehr unseriös, da ist das eine große Tat.

- (B) Aber, meine Damen und Herren, dahinter könnte ja Methode stecken. Wir sind ja alle dämlich, wir von der Opposition, daß wir vier Jahre rackern wie die Biöden, und dann im fünften Jahr kommen Sie, nachdem Sie vier Jahre nichts gemacht haben, weil die Kommunalwahlen und die Landtagswahl kommen, und satteln dann die Dinge drauf, die uns vier Jahre abgelehnt und als unseriös bezeichnet wurden.

Sie sollten vielleicht einmal auch daran denken: Es muß ja irgendwoan liegen,

(Dr. Farthmann (SPD): Haben Sie schon einmal etwas von Steuereinnahmen gehört?)

Herr Farthmann, daß mehr als 25 % der Stimmen, die die Republikaner bekommen, aus Ihrem Anteil kommen. Vielleicht begreifen die Leute draußen, daß man nicht vier Jahre lang so Politik machen kann und im fünften Jahr legt man dazu, daß die Schwarte kracht, oder auf einmal ist alles anders.

- (C) Meine Damen und Herren! Sie müssen einfach diesen Gegensatz hier aufklären, warum vier Jahre lang unsere Forderungen unseriös waren, während das, wenn Sie sie stellen, auf einmal nicht mehr der Fall ist; da geht alles.

Dem Kultusminister will ich für meine Fraktion bescheinigen, daß er absolut richtige Ansätze in diesen Nachtragshaushalt bringt, daß aber aus unserer Sicht in Verfolg der vier Jahre und der Dinge, die in Schule nötig sind, diese richtigen Ansätze nicht konsequent weitergeführt und durchgeführt werden.

Es kommt noch eines hinzu - da müssen wir auch den Finanzminister etwas länger im Auge behalten -: Selbst wenn wir heute diese Stellenerhöhungen, die Herr Kollege Trinius so wortreich begrüßt hat,

(Trinius (SPD): Zahlenreich!)

beschließen, wann werden die denn haushaltswirksam? Wann werden denn die Lehrer auf diesen Stellen, die Sie jetzt beschließen, tatsächlich eingestellt? Ich wage einmal zu behaupten: Nicht ein Viertel wird am Ende des Jahres eingestellt sein. Der Finanzminister hat dann ganz schön etwas in der Kasse, was er vor sich her schieben kann. Wir kommen darauf zurück, wir legen es auf Wiedervorlage, Herr Finanzminister.

- (D) Das heißt, Sie sind gar nicht in der Lage, sie haushaltswirksam umzusetzen. Ich will das auch mit einem Beispiel belegen: Denken Sie an die 100 Stellen für die Aussiedlerkinder. Davon waren vorige Woche 42 besetzt, 58 waren nicht zu besetzen, weil die Ausschreibungsunterlagen das nicht hergaben. Wir warten einmal ab, wie viele Stellen haushaltswirksam werden!

Hinzu kommt - und darüber spricht von der SPD auch niemand mehr, große Vergessenheit -: Wie sprudeln eigentlich die Steuermehreinnahmen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn man die Berichte des Finanzministers liest, muß er zugeben, sie sprudeln.

(Champignon (SPD): Meinen Sie die Quellensteuer?)

Da kann man natürlich über Termine, ob man die Statistik drei oder vier Tage vor- oder zurückdatiert, im einen Monat so und im nächsten Monat wieder etwas anderes ausrechnen. Aber sie sprudeln! Wie sie in den Gemeinden sprudeln, sprudeln sie beim Land

(Wickel (F.D.P.))

- (A) und beim Bund. Das schönste dabei ist: Alles das, was vorher bestritten wurde - von der Bundespolitik, von der Steuerpolitik -, all diese Dinge vereinnahmen Sie jetzt und binden Sie sich vor den Bauch wie einen großen Orden und sagen: Das sind die Verdienste der Landesregierung. - Gepfiffen, meine Damen und Herren, gepfiffen! Das sind die Bonner Verdienste - und sonst gar nichts.

(Beifall bei F.D.P und CDU - Lachen bei der SPD - Hunger (SPD): Haben Sie schon vom Bonner Chaos gehört?)

- Halten Sie mal die Luft an, Herr Kollege, sonst kriegen Sie nachher noch einen Verschlucker. - Haben Sie eigentlich einmal nachgerechnet, daß die Steuernehreinnahmen, die das Land hat, inzwischen fast die Hälfte der Summe ausmachen könnten, die uns bis 1990 immer als Verluste, als Mindereinnahmen dieses Landes vorgerechnet werden? Also, so geht es nun wirklich nicht! Dann soll man auch erklären: Es läuft hervorragend; dank der Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung läuft es besser als gedacht.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD)

Wenn Herr Kollege Farthmann jetzt lacht, daß es Ihnen so gut geht - "Ihnen" klein und groß geschrieben -, ist es unter anderem die Situation in dieser Republik und nicht in diesem Land Nordrhein-Westfalen.

- (B) [Beifall bei F.D.P. und CDU - Frey (SPD): Das sagen Sie!]

Meine Damen und Herren, das muß man einfach anerkennen, ob Ihnen das nun gefällt oder nicht. Ich glaube, die Leute werden es merken, und die anderen gehen Ihnen von der Fahne.

(Frey (SPD): Frechheit siegt nicht!
- Weitere Zurufe von der SPD)

Aber unabhängig davon hat Herr Kollege Trinius eben lebhaft - ich sage betont: lebhaft - begründet, was an der Sonderschule passiert. Wo ich in Sonderschulen im Lande unterwegs bin, Herr Kollege Trinius, empfehle ich inzwischen Eltern, Schülern und Lehrern an diesen Schulen: Holt doch nicht die Schulpolitiker, wir wissen doch, was los ist; ladet euch in Zukunft die Finanzpolitiker ein, bringt sie mit eurer Betroffenheit in Verbindung und helft uns, auf dem Sektor

Sonderschulen die Dinge in Ordnung zu bringen, die nötig sind. (C)

(Trinius (SPD): Den Einladungen folge ich regelmäßig!)

- Das ist ein erster Schritt, Herr Kollege Trinius, aber das kann noch nicht einmal die Hälfte von dem sein, was wir an Sonderschule brauchen, gerade im Bereich Sonderschule für Lernbehinderte. Noch nicht einmal die Hälfte! Die Relation - das wissen Sie genausogut wie ich - ist zwar ein Zeichen, aber ohne Konsequenz.

(Frey (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Das Thema berufsbildende Schulen ist in dem ganzen Kontext überhaupt nicht angesprochen worden.

(Frey (SPD): Das machen wir nächstes Mal!)

Da kommen Überraschungen auf uns zu ... Ich wage zu behaupten, daß die 90er Jahre ganz schlimm für diese Schulform werden. Es wird allerhöchste Zeit, daß wir uns der berufsbildenden Schulen mit den Nöten und Problemen, die dort entstehen und entstehen werden, annehmen.

Sie schreiben selber in Ihrem Nachtrag zum Punkt "Arbeitszeitverkürzung", das wäre ein erster Schritt. Da kann etwas mit Ihrer Rede, Herr Kollege Trinius nicht stimmen, wenn Sie selbst in Ihrem Gesetzentwurf von einem ersten Schritt reden, sagt das ja, daß noch eine Menge Schritte fehlen. (D)

(Dr. Farthmann (SPD): Ja, sicher, das wissen wir auch!)

Nun sagt Mao Tse-tung: Auch der längste Marsch beginnt mit dem ersten Schritt. Ich habe aber das Gefühl, Sie kommen ins Stolpern. Denn wenn im kommenden oder übernächsten Jahr wieder Arbeitszeitverkürzungen vereinbart werden sollten, Herr Kultusminister,

(Minister Schwier: Das geht nicht!
- Frey (SPD): Der Vertrag läuft doch noch!)

dann können Sie die Kurve gar nicht mehr kriegen und stolpern immer hinterher und bleiben praktisch bei den Schritten, die nachhaken und die nichts vorgeben. Sie werden also die Dinge auch da nicht schaffen.

Feiner Unterschied - ich sage es immer wieder -: Der Kultusminister hat richtige

(Wickel (F.D.P.))

- (A) Schritte eingeleitet, aber die SPD-Mehrheitsfraktion hat es trotz wortreicher Begründungen an den Konsequenzen dieser richtigen Schritte fehlen lassen.

Ferner rügen wir an diesem zweiten Nachtragshaushalt, daß die Haushaltsunterlagen unvollständig waren und daß wir von daher als Plenum, als Landtag sagen müßten: Wir konnten unsere Verantwortung als Träger des Budgetrechtes nicht wahrnehmen.

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Die Unvollständigkeit, meine Damen und Herren, ist auch durch die Eilbedürftigkeit der Beschlußfassung über den Nachtragshaushalt nicht zu erklären. Hier komme ich bewußt noch einmal auf die 50 Stellen bei den Reglerungspräsidenten zurück. Hier sind wir der Auffassung, daß auch die zweite Lesung keine Erhellung brachte, sondern daß das Plenum, der Landtag im wörtlichen Sinne die "Katze im Sack" gekauft hat. Es heißt nämlich in dem Gesetzentwurf vom 14. April unter Ziffer A 3:

Die rasche und reibungslose Umsetzung der Strukturhilfegesetze erfordert über die im Ersten Nachtragshaushaltgesetz getroffenen Maßnahmen hinaus die Einrichtung von 50 zusätzlichen Planstellen und Stellen.

Das ist nach dem Stand der Beratungen heute eine Falschinformation.

(B)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

In der ersten Lesung war von dem Strukturhilfegesetz nicht mehr die Rede. Statt dessen begründete der Finanzminister die 50 zusätzlichen Stellen damit - ich zitiere mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten -:

Sie müßten eingerichtet werden, um weiter den überdurchschnittlichen Standard bei Genehmigungsverfahren zu gewährleisten.

Was gilt denn nun eigentlich, meine Damen und Herren?

(Trinius (SPD): Setzen Sie sich doch ein dafür! - Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Werden die 50 zusätzlichen Stellen nun ganz oder teilweise zur Umsetzung des Strukturhilfegesetzes benötigt, - dann wäre ja die Befristung der Stellen mit einem gewissen Sinn nachzuvollziehen - oder - das hätten wir dann doch bitte genau gewußt - wie sollen nun diese Umsetzungen zukünftig organisiert werden?

(C) Meine Kollegin Frau Ruth Witteler-Koch hat schon anläßlich der dritten Lesung des ersten Nachtragshaushaltes darauf hingewiesen, daß in anderen Bundesländern, zum Beispiel Niedersachsen, die Kommunen noch im vergangenen Jahr über die Details der Förder Voraussetzungen nach dem Strukturhilfegesetz unterrichtet wurden. Das diente der schnelleren Umsetzung und hatte die Folge, daß die eigentliche Verwaltungsarbeit - die findet ja auf kommunaler Ebene statt - auch tatsächlich dort geschah, wo die Mittel hinfließen sollen.

Wir glauben nach wie vor, daß die Regierungspräsidenten keine 50 Stellen brauchen, um fix und fertige Anträge aus den Kommunen durchzusehen und weiterzuleiten. Die nachgeschobene Begründung der Regierung, in der es heißt "Personalverstärkung ganz oder teilweise zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren vorsehen" zeigt, daß hier wirklich ein Manko vorliegt. Wir wissen aus der Mikat-Kommission, daß die Beschleunigung einer der wichtigsten Punkte ist, um die öffentliche Verwaltung bei Genehmigungsverfahren besser und wirksamer arbeiten zu lassen.

(Frey (SPD): Was haben Sie denn gegen die Stellen?)

Die Mikat-Kommission sagt, Hans Frey, daß es in Nordrhein-Westfalen keinen überdurchschnittlichen Standard bei Genehmigungsverfahren gibt. Wir sind der Auffassung, daß mehr Personal nicht unbedingt der intelligenteste Ansatz ist, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Als einer der Hauptgründe für die unzumutbare Dauer von Genehmigungsverfahren wird angeführt, daß immer zu viele Behörden, zu viele Beamte unkoordiniert neben- oder hintereinander im Verfahren tätig seien.

Wenn der Landtag also 50 neue Stellen bewilligen soll, hätten wir vorher gerne gewußt, was denn die Landesregierung organisatorisch zu tun gedenkt, um Genehmigungsverfahren zu verkürzen. Nach unserer Auffassung ist ihr dazu überhaupt nichts eingefallen. Was schlagen Sie denn konkret vor, wie sich verschiedene, teils nur begrenzt zuständige Behörden zukünftig intern abstimmen sollen, wenn es um wichtige Investitionsvorhaben geht? Ich habe bisher nichts gehört; vielleicht erfahren wir noch im Laufe der Beratung etwas dazu.

Was hält denn die Landesregierung davon - ich will die Frage einmal bewußt in den Raum stellen -, einer Behörde die Verfahren

(Wickel (F.D.P.))

- (A) Lenkung zu übertragen, damit die verschiedenen Behörden die Vorhaben im "Sternverfahren" nebeneinander und nicht hintereinander nach sachlichen Zuständigkeiten prüfen?

(Trinius (SPD): Der Vorschlag der Mikat-Kommission!)

- Herr Trinius, solche Gedanken haben wir von der Landesregierung nicht gehört. Und wenn Sie sagen: Vorschlag der Mikat-Kommission, muß ich verstärkt nachfragen: Warum kann die Landesregierung solche Vorschläge nicht aufnehmen, umsetzen und sie hier einbringen, damit wir sie beraten und darüber beschließen können?

(Trinius (SPD): Wir sind doch dabei!
- Frey (SPD): Haben wir gemacht!)

Wir wissen inzwischen, in welchen fachlichen Bereichen die neuen Stellen ausgebracht werden sollen.

Bei Verstärkung des Personals bei abwasser- und abfallrechtlichen Genehmigungsverfahren, bei gewerbeaufsichtsrechtlichen Verfahren sollten die neuen Beamten zum Beispiel auch praktische Erfahrungen in den Bereichen sammeln, in denen sie tätig werden sollen. Wir glauben nämlich, daß der fehlende Einblick in Entscheidungsprozesse der Wirtschaft, die ja die schnelleren Genehmigungsverfahren braucht, einer der eigentlichen Gründe für die Verzögerung von Genehmigungsverfahren ist. Zu all diesen Problemen, Herr Kollege Trinius, Landesregierung: Fehlanzeige.

(B)

(Trinius (SPD): Genau so etwas macht der Finanzminister schon!)

- Deshalb, Herr Trinius, sind die neuen Stellen wirklich notwendig - ich komme Ihnen jetzt etwas entgegen -; darüber können wir aber lediglich mutmaßen, weil wir nur unvollständig oder zum Teil falsch unterrichtet worden sind.

Es wäre allen mehr geholfen, und es wäre mehr gewonnen, wenn die Landesregierung die mitunter sehr komplizierten, sehr bürokratischen Verfahren besser organisierte, insbesondere ein Konzept vorlegte, wie die Koordination bei der Zuständigkeit mehrerer Behörden jetzt schon verbessert werden könnte. Solange uns die Landesregierung diese Frage nicht beantwortet und wir auf der Grundlage der äußerst lückenhaften und widersprüchlichen Informationen im Stand der Beratung sind, werden wir keine Katze im Sack kaufen. Wir werden diese Mehrstellen im Einzelplan 03 ablehnen.

(C) Ich fasse noch einmal - damit überhaupt keine Mißverständnisse entstehen - zusammen: Das, was der Kultusminister vorlegt, ist ein erster und richtiger Schritt. Die Konsequenz in den Positionen Sonderschulen, Berufsbildende Schulen und Arbeitszeitverkürzung fehlt uns. Deshalb werden wir auch den Nachtrag ablehnen. Wir werden ebenfalls die Mehrstellen im Einzelplan 03 und damit den Zweiten Nachtragshaushalt insgesamt ablehnen. Sie werden aufgrund des Gesagten verstehen, daß das eine konsequente politische Entscheidung ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Frey (SPD): Im Schulausschuß haben Sie sich enthalten!)

Präsident Denzer: Für die Landesregierung hat nun Herr Finanzminister Schleißer das Wort.

Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade haben Sie ein Beispiel von konsequenter Politik mitbekommen. Da wird zunächst einmal dargelegt, daß das alles Forderungen der Opposition seien, die man nun endlich realisiert hätte, und dann kommt anschließend die Konsequenz: Und darum lehnen wir das ab!

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist einleuchtend. Man kann nur sagen: wenn das die Alternative zur Politik der Landesregierung ist, dann verwundert mich wirklich nicht, wieso die Meinungsumfrage Sie so bewerten, wie Sie heute zum Teil bewertet werden. Das ist logische Konsequenz.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

Weil das so ist, kann ich mich weitgehend auf Fakten beschränken und brauche nur das noch einmal darzulegen, was Sie nicht wahrhaben wollen.

Ich erinnere mich gut, Herr Kollege Worms, wie Sie im Juni 1988 im Landtag Stellung bezogen haben, als es die Erklärung der Landesregierung gab, die Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten umzusetzen. Damals haben Sie gesagt, das Land könne das gar nicht; man sollte das nicht tun. Wir haben geantwortet, daß wir das sehr wohl könnten - nach unseren finanzpolitischen Möglichkeiten.

Nun stellen wir fest, daß wir in 1989, da, wo die erste Stufe der Arbeitszeitverkürzung

(Minister Schleußer)

(A) greift, insgesamt Verbesserungen verzeichnen, das heißt Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen und so in der Summe zu 6 140 neuen oder gesicherten Stellen kommen. Wenn Sie dies einmal damit vergleichen, was die Gewerkschaften geglaubt haben, was die erste Stufe bringen werde, sind wir mit dem, was wir daraus gemacht haben, nahe bei dem, was rein rechnerisch möglich ist. Das meiste machen wir im schulischen und im Hochschulbereich und nicht in den übrigen Bereichen. Das, was der Ministerpräsident zugesagt hat, ist eingehalten worden.

Sie können anschließend noch das hinzudaddieren, was bei der zweiten Stufe, die 1990 fällig wird, umgesetzt und durchgesetzt werden wird. Sie werden dann feststellen, daß sich die Landesregierung nicht verstecken muß.

Wenn wir dann noch zum Vergleich heranziehen würden, was in den übrigen Ländern, die von demselben Tarifvertrag betroffen sind, geschieht, so sage ich auch: Das Land Nordrhein-Westfalen hat keinem Vergleich zu scheuen - mit keinem anderen Bundesland! Vielleicht wäre Ihnen die Möglichkeit gegeben, das auch einmal anzuerkennen.

Mich beeindruckt immer wieder, wenn darüber gesprochen wird, welche Einnahmeposition dem Finanzminister aus dem Erziehungsurlaub erwächst. Herr Kollege Reul hat es schon wiederholt dargelegt. Sie behaupten, wir würden nicht alle Lehrerinnen und Lehrer ersetzen, die in Erziehungsurlaub gehen. Sie wissen - oder können sich sicherlich darüber aufklären lassen -, wie das mit kw-Stellen ist. Aber obwohl die noch da sind, nehmen wir in diesem Zweiten Nachtrag 500 Neueinstellungen vor. Es fehlt dennoch rein rechnerisch etwas, aber was Sie dann wiederum ignorieren, ist, daß wir im Haushalt 1989 zusätzlich eine Stellenreserve an allen Schulen, an denen es sie noch nicht gab, geschaffen haben, und zwar in Höhe von 2 700 Stellen. Wenn mir jetzt ein Haushälter sagt, kw-Stellen würden nicht irgendwann haushaltswirksam, dann begreife ich die Welt nicht mehr, Herr Kollege Dautzenberg!

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Fest steht, daß diese Beträge, die dort eingeplant werden, fällig werden, Herr Kollege. Das ist überhaupt keine Frage.

(Erneut Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Ich habe eben schon gesagt, daß wir das, was wir dazu in Realisierung der Arbeitszeitverkürzung tun mußten, getan haben.

Ich hatte Ihnen nochmals die Zahlen genannt und weiß, daß ich mit der F.D.P. im Streit bin, die nicht wahrnehmen will, wie die 50 Stellen verwandt werden. Ich hatte Ihnen dargelegt: für Strukturhilfe und für Genehmigungsverfahren. Bevor Sie in dieser Hinsicht weiter ein wenig diffamieren, Herr Kollege Wickel: Fest steht - und das hat der Ländervergleich ergeben -

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

daß Nordrhein-Westfalen, was den Ablauf der Genehmigungsverfahren angeht, weit vorne vor den übrigen Bundesländern liegt. Anhand der Vergleichszahlen kann man kontrollieren, wie lange ein Verfahren auf dem Behördenwege braucht. Dabei liegen wir vorne. Wir hatten die Sorge, daß durch die steigende Zahl von Investitionsvorhaben diese Spitze nicht mehr hätte gehalten werden können. Dafür sind Neueinstellungen vorgenommen worden, und zwar für beide Bereiche: Umsetzung Strukturhilfe und Genehmigungsverfahren. Sie sind aus der Vorlage des Nachtragshaushaltes aufgrund der jeweiligen Zuordnungsvermerke - dargelegt im Plenum, dargelegt im Haushalts- und Finanzausschuß - sehr eindeutig erkennbar.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Ich hatte gehofft, das wäre übergekommen. Mich interessiert in diesem Zusammenhang besonders Ihre Aussage, in anderen Ländern liefe das alles viel besser und viel schneller.

Daß Sie sagen, Niedersachsen hat seine Kommunen bereits Mitte des vergangenen Jahres informiert, erstaunt mich. Wissen Sie, daß dieses Gesetz erst zum Ende des Jahres mit einer Reihe von Änderungen noch im Dezember 1988 verabschiedet worden ist und zum 1.1. in Kraft getreten ist? Sie wußten doch, welche Probleme Sie mit dem Gesetz und mit der Umsetzung des Gesetzes haben und mit der Befriedung Ihrer Schwesterpartei in Bayern hatten. Das mußte doch alles noch in die Koalitionsverhandlungen eingearbeitet werden.

Dann kommt - und damit will ich schließen - die obligatorische Anmerkung der F.D.P. Der Fraktionsvorsitzende macht es per Presseerklärung. Herr Wickel sagt hier, wie das mit den sprudelnden Steuereinnahmen ist und welches Verdienst Bonn daran hat. Da kann ich Ihnen nur erwidern: weiß Gott, ein großartiges! Es ist nicht streitig, daß es in 1990 weitere Ausfälle beim Landeshaushalt in

(Minister Schleißer)

- (A) einer Größenordnung von 2,3 Milliarden DM geben wird.

(Wickel (F.D.P.): Die haben Sie doch schon im Sack!)

- Hören Sie doch einmal zu Ende zu!

Aber der Bundesgesetzgeber hatte ja gesagt: Wir wollen diesen Ausfall ein wenig kompensieren. Dabei ist die Koalition, der Bundesgesetzgeber, auf dieses Monstrum "Quellensteuer" gekommen. Das sollte den Ländern die massive Steuerentlastung erleichtern. Ich hoffe, daß Sie mitbekommen haben, wie in der Zwischenzeit die Entwicklung in Bonn hinsichtlich der Quellensteuer läuft.

Wenn Sie bitte noch zur Kenntnis nehmen, daß die Steuerschätzer dem Land Nordrhein-Westfalen bei der Quellensteuer Einnahmen in der Größenordnung von 1,2 Milliarden DM jährlich zugerechnet haben, Herr Kollege, wozu ich bisher keinen flankierenden Beschluß der Bundesregierung gehört habe, wie das denn bei den Ländern ausgeglichen werden könnte, und wenn Sie jetzt die sprudelnden Steuereinnahmen einmal aufgrund der Einkommensarten untersuchen, dann müssen Sie doch erkennen, daß über ein Drittel der Steuerzuwächse auf die Quellensteuer zurückzuführen ist.

- (B) Dazu will ich nur abschließend sagen und kann Gott sei Dank ein Zitat benutzen - der "Spiegel" hat es heute zu Recht feststellt -:

Was da in Bonn wieder, nachdem das Monstrum da war, völlig ungeeignet in der Konstruktion - wie wir Ihnen ja gesagt haben -, passiert, ist ausdrückliche Hilfe für Steuerbetrüger.

Dies will ich gern unterstreichen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Dammeyer das Wort; Herr Doktor, bitte sehr!

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Bemerkungen, die hier zu dem Themenbereich "Schule" geäußert worden sind, sollte man wenigstens den einen Teil noch einmal sagen: Diese Landesregierung unterscheidet sich im Schulbereich wohltuend von den Entscheidungen anderer Landesregierungen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Reul, sehen Sie sich einmal an, was die Hessen machen. Die Landesregierung Hessen - -

(C)

(Reul (CDU): Das wissen wir!)

- Das wissen Sie? Warum sagen Sie es denn dann nicht?

(Reul (CDU): Bayern!)

- Von Bayern rede ich auch gleich; ganz ruhig! Das kriegen Sie alles!

Zunächst reden wir einmal von Hessen. Diese famose hessische Landesregierung unter Beteiligung der Liberalen, die sich hier ja auch so spendierfreudig zeigen, entscheidet sich dazu, daß überhaupt keine Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und ganz selbstverständlich auch nicht auf die Lehrer stattfindet. Das ist eine überaus soziale Entscheidung, überaus arbeitsplatzintensiv, überaus arbeitsplatzrelevant!

Und die Baden-Württemberger, die ja auch immer Ihr Musterbeispiel für solche sozialen Entscheidungen und für die Qualität von Bildungsverhältnissen, Herr Reul - -

(Bensmann (CDU): Die haben vorher aber nichts anderes angekündigt! - Gelächter bei der SPD)

- Ach, die haben nichts anderes angekündigt? Herr Bensmann, freundlichen Dank! Wenn also jemand erst gar nicht sagt, daß er sich vernünftig verhalten will, dann darf er sich auch schlecht benehmen, ja? Das ist die Logik des Herrn Bensmann. Freundlichen Dank! Ist ja gut, daß wir das hier einmal zu hören bekommen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Die Baden-Württemberger machen das also wie folgt: Sie verlängern kurzerhand die Ferien um drei Tage. Das sind drei Tage Unterrichtsausfall. Das sind drei Tage Unterrichtsverkürzung. Das sind drei Tage Arbeitszeitverkürzung für Lehrer - ohne Neueinstellungen, ohne irgendwelche Konsequenzen.

Meine Damen und Herren! Das ist es doch, was einfach den ganzen Kram so fragwürdig macht, wie Sie hier auftreten. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist demgegenüber ja geradezu über ihren Schatten gesprungen; denn auch in Nordrhein-Westfalen ist lange davon geredet worden, daß wir uns vieles nicht leisten könnten. Und auch, nachdem die Beamten allesamt auf-

(Dr. Dammeyer (SPD))

(A) standen und sagten, daß in ihrem Namen auch Tarifeinbußen stattgefunden hätten, die sie jetzt in Arbeitsplätze umgesetzt wissen wollten, hat das Land selbstverständlich auf die schwierige Haushaltslage hingewiesen. Meine Damen und Herren, auch daran darf man dann ja wohl erinnern!

Diese Verträge im öffentlichen Dienst sind nicht mit den Beamten ausgehandelt worden, sondern sie werden auf die Beamten übertragen. Sie sind im öffentlichen Dienst von den Arbeitern und Angestellten mit den öffentlichen Arbeitgebern als Tarifvertragsparteien ausgehandelt worden.

(Zustimmung bei der SPD)

Und das will ich auch ganz gern sagen: Dann hat die Landesregierung die richtigen Akzente gesetzt, indem sie nämlich diejenigen, die die größte Arbeitsbelastung haben - und das Maß für die Arbeitsbelastung von Lehrern ist nun einmal die Unterrichtsverpflichtung -, als erste und am umfassendsten an der Arbeitszeitverkürzung teilnehmen läßt. Das ist eine richtige Entscheidung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Die Landesregierung hat auch die richtige Entscheidung getroffen, daß daraufhin Einstellungen in dem Bereich stattfinden, in dem zwar noch von kw-Stellen die Rede sein mag, in dem aber problematische Verhältnisse in nächster Zeit anstehen werden, nämlich im Grundschulbereich, nachdem dort über Jahre hinweg nicht eingestellt worden ist, sondern lediglich mit Versetzungen aus der Hauptschule in die Grundschule operiert wurde. Mit anderen Worten: Die Landesregierung hat exakt die richtigen Strukturentscheidungen getroffen.

Von richtigen Strukturentscheidungen muß man auch bei den Sonderschulen reden. Die Aufteilung in Sonderschulen für Lernbehinderte und in sonstige Sonderschulen, was den Stellenplan angeht, gibt die Möglichkeit, bei den sonstigen Sonderschulen einzustellen, weil dort ein Bedarf besteht, und zwar ein Bedarf, der höher ist, als in diesem Jahr Einstellungen vorgenommen werden. Und er macht in dem anderen Teil, nämlich bei den Sonderschulen für Lernbehinderte, eine Operation möglich, von der uns immer alle Weit gesagt hat, daß wir sie endlich vollziehen sollten, nämlich eine Verbesserung der Schüler-Lehrerstellen-Relation mit einem Abbau der kw-Stellen.

Das passiert. Das passiert freilich nicht in einem solchen Maße, daß dieses jetzt selbstverständlich auch zu Einstellungen führen

würde. Aber die kw-Stellen abzubauen, daß war nicht nur die Forderung von allen möglichen Leuten, sondern auch ihre Forderung. Das passiert jetzt. Dafür kann man die Landesregierung nur loben und nicht tadeln. (C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, damit bin ich bei den entscheidenden strukturellen Vorgaben, nämlich bei denen, die diesen Haushalt für den Schulbereich jetzt prägen. Ich denke, daß die Landesregierung dort in der richtigen Weise die richtigen Schritte in die richtige Richtung getan hat.

Sie wissen selbst aus vergangenen Jahren - diese Formel hat eben auch der Finanzminister aufgenommen -, daß selbstverständlich auch in den nachfolgenden Jahre Entscheidungen fällig werden, die Jahr für Jahr bei den Haushaltsberatungen von neuem zu treffen sein werden und bei denen ganz selbstverständlich auch Ringen stattfinden wird. Ich gehe ganz selbstverständlich auch weitergehende Forderungen aufgestellt werden, als jeweils verwirklicht werden.

Bei den beruflichen Schulen besteht gegenwärtig schon ein ähnliches strukturelles Problem, wie ich es eben für die Sonderschulen beschrieben habe.

Ganz selbstverständlich erwarten wir dann aber auch von der Landesregierung bei der Aufstellung des nächsten Haushaltes, daß sie diese Probleme anpacken wird. Demgegenüber, was die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in Gang setzt, ist nicht die Spur von Weinerlichkeit gerechtfertigt. Da ist allenfalls zu fragen, ob denn das Nachziehen derjenigen Lehrergruppen, die gegenwärtig eine kürzere Unterrichtsverpflichtung haben, in vollem Umfang erfolgen muß, daß die Abstände zwischen den Lehrergruppen wieder gleichbleiben. Das ist eine Frage, die gerechtfertigt ist. Denn wir haben doch eigentlich ein Interesse daran - ich habe das doch auch aus Ihren Reihen gehört -, daß dort eine Nivellierung der Arbeitszeitbedingungen für unterschiedlichen Lehrer eintreten sollte. Und das machen die Bayern falsch. (D)

Wenn das eine richtige Orientierung ist, meine Damen und Herren, unterstreicht das noch einmal, daß die Strukturvorgaben, die mit diesem zweiten Nachtragshaushalt von der Landesregierung aus dem Tarifaufschluß des öffentlichen Dienstes gezogen worden sind, die richtigen Strukturvorgaben sind und daß die auch so fortgesetzt werden.

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Deshalb ist es richtig, diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen. Deshalb kommen wir auch heute hier in dritter Lesung zusammen, wo wir ja eigentlich gehofft hatten, das in der vorigen Woche etwas zügiger zu beraten. Eigentlich ist es ganz erfreulich, daß wir hier in der Sache noch einmal das ein oder andere Wort austauschen konnten. Aber, dieser Haushalt wird jetzt in dritter Lesung so beschlossen, und das ist gut.

Eigentlich sollten sich die verehrten Herrschaften von der Opposition überlegen, ob sie bei ihrem Nein bleiben; denn dieses ist durch nichts gerechtfertigt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Abg. Schauerte.

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei kurze Bemerkungen:

Erstens. Herr Trinius, es war nicht qualifiziert, wie Sie Herrn Reul angegriffen haben.

(Zustimmung bei der CDU - Heiterkeit bei der SPD)

Wenn einem zu einer mit viel Intelligenz vorgetragenen These nichts mehr einfällt, dann wirft man einfach mit Totschlagargumenten um sich wie "Du hast die Sache nicht gelesen! Du hast sie nicht verstanden!", aber auf die Sache selbst gehen Sie nicht ein. Das war nicht gut.

(Zustimmung bei der CDU - Trinius (SPD): Der kennt die wirklich nicht!)

Daß das, was Herr Reul gesagt, offensichtlich wehgetan hat, zeigt ja auch, daß Herr Dammeyer - völlig unprogrammgemäß - noch in die Debatte eingreifen mußte. Denn Sie konnten diese Fakten ja wohl nicht aufgreifen.

(Oh-Rufe bei der SPD - Widerspruch bei der SPD)

- Vorgesehen war das doch nicht. Ich meine, es wäre nur vorgesehen gewesen, daß Sie für die SPD sprechen.

(Widerspruch bei der SPD - Frey (SPD): Das geht Sie doch gar nichts an!)

- Auf jeden Fall habe ich einen dementsprechenden Zettel gesehen.

Zweitens. Herr Schleißer, die Geschichte der Quellensteuer, die Sie hier angesprochen haben, ist ausgesprochen interessant.

(Minister Schleißer: Das ist wohl wahr!)

wenn man sich einmal vergegenwärtigt, was denn die SPD zu diesem Thema in der Geschichte der Quellensteuer seit Beginn der achtziger Jahre alles erklärt hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Zunächst einmal war sie eine Erfindung der Sozialdemokraten für den dreiundachtziger Wahlkampf.

(Zustimmung bei der CDU - Heiterkeit bei der SPD)

Allerdings war die eindeutige Beschlußlage der Sozialdemokraten "25 % plus Kontrollmitteilungen".

(Zustimmung bei der CDU - Ministerpräsident Rau: Nein, völlig falsch!)

Dann kam sie später - ohne Kontrollmitteilungen mit 10 % -, und die SPD nahm etwas Abstand.

(Ministerpräsident Rau: Auch falsch!)

griff an, wußte aber auch nicht wie. Die Angriffsfrage war immer sehr diffus; Einmal wurde von Herrn Posser - ich habe es noch im Ohr - gesagt: 10 % sind ist zu wenig, das ist eine Einladung zum Steuerbetrug. Von der anderen wurde gesagt, es sei unglaublich eine Belastung und Kapitalflucht. Die SPD war dann bei der Behandlung der geringeren, der angenehmeren Quellensteuer sehr, sehr uneinheitlich.

Jetzt kommt die Rücknahme der Quellensteuer in Bonn, über die man als Finanzpolitiker sehr wohl sehr viele unterschiedliche Meinungen haben kann, Herr Schleißer, das will ich ja gerne konzedieren. Nur höre ich dann Herrn Rau bei RTL, der sagt, er sei schon immer gegen die Quellensteuer gewesen und habe begrüßt, daß sie nun zurückgenommen werde.

(Henning (SPD): Die Quellensteuer?)

Ja. - Aber Herr Schleißer, Sie haben gerade hier gesagt, die Rücknahme der Quellensteuer sei Hilfe für Steuerbetrüger.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Ministerpräsidenten Rau)

(C)

(Schauerte (CDU))

(A) Wenn das richtig ist, dann ist wohl der Herr Rau ein Helfer von Steuerbetrüchern.

(Zustimmung bei der CDU
- Dr. Dammeyer (SPD): Was sagen Sie, wenn Sie in den Spiegel schauen?)

Jetzt kommt die dritte Strophe dazu: Der Herr Rau begrüßt die Rücknahme der Quellensteuer, weil sie ja schon immer von der SPD bekämpft worden wäre. Die SPD wäre nur für die netten, kleinen Kontrollmitteilungen gewesen, hat er gesagt. Im gleichen Atemzug beginnt der Finanzminister, eine neue Linie aufzubauen, indem er erklärt: Eines Tages wird uns das Geld aus der Quellensteuer fehlen. Damit hatten wir nämlich schon fest gerechnet.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf des Ministerpräsidenten Rau)

Jetzt sagt der Ministerpräsident auch noch: Ja, natürlich, es wird uns fehlen. - Das beklagt er auch. Aber er ist gegen die Quellensteuer.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dichter bekommt man einen allgemeinen, politischen Salat seltener serviert wie in dieser Frage.

(Zustimmung bei der CDU - Frey (SPD): Winkeladvokat! - Ministerpräsident Rau: "Wie!" in dieser Frage!)

(B)

Der Ministerpräsident berichtigt mich gerade: Es heißt grammatikalisch richtig "als". Gemessen an dem, was hier passiert, nehme ich diese kleine Korrektur gerne entgegen.

(Heiterkeit und Belfall bei der CDU)

Jetzt einiges zum Thema Personalhaushalt: Diese Debatte hatten wir schon einmal. Als wir den Haushalt 1989 verabschiedeten, haben wir ja eine Schlußbilanz gezogen, und am Ende dieser Bilanz haben wir festgehalten, daß trotz aller Erklärungen rauf und runter, Arbeitsplätze, Stellenpläne, Ermächtigungen, Referendare und was dort alles drin war, festzuhalten bleibe, daß am Ende dieses Haushaltsjahres 1989 das Land Nordrhein-Westfalen etwa 650 Stellen weniger als zu Beginn des Haushaltsjahres habe.

(Tschöeltsch (F.D.P.): Das ist wahr!)

Das war die Bilanz der letzten Beratung.

Jetzt kommen Sie mit neuen Zahlen, die Sie im Nachtragshaushalt verankert sehen. Ich will

sie im einzelnen nicht gewichten; das ist zu kompliziert, das hätten wir in den Fachausschüssen tun können, wenn wir mehr Zeit gehabt hätten. Wir werden es nachholen. (C)

Wenn ich all das nehme, was Sie, Herr Finanzminister, Herr Trinius und Herr Ministerpräsident, an Zahlen hier hineinbringen, dann haben wir am Ende des Jahres 1989 nicht mehr 650 Stellen weniger, sondern 400 Stellen mehr. Dazu sagen Sie: Das ist die tatkräftige Umsetzung des Tarifvertrags im öffentlichen Dienst einschließlich der Auswirkungen auf die Beamten.

An diesem Punkt geht es um die Redlichkeit. Mathematisch - ich bin mir darüber im klaren, daß man das nicht tun sollte - auf die Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen umgesetzt, hätte es 8 300 neuer Stellen bedurft, wenn man die Arbeitszeitverkürzung komplett, ehrlich und umfassend in neue Stellen umgesetzt hätte. Ich weiß als Finanzpolitiker,

(Henning (SPD): Was sind Sie?)

daß wir dazu nicht das Geld haben; dazu stehe ich auch. Wissen Sie, zum Betrug gehört nicht, etwas nicht zu tun, was andere erwarten, möglicherweise mit Recht erwarten. Nein, zum Betrug gehört, daß man nicht sagt, man tue etwas, was man tatsächlich nicht tut; denn das ist die Täuschung, die dazugehört.

(Zustimmung bei der CDU)

(D)

Und diese Täuschung wird hier mit viel ministerieller Intelligenz immer wieder aufs neue versucht.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Am Ende des Jahres werden nur 400 neue Stellen vorhanden sein. Dann soll man redlich sagen: Für mehr haben wir kein Geld.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Da interessiert mich überhaupt nicht, wie die Baden-Württemberger, die Bayern oder die Hessen dieses Thema lösen. Wenn dort ein Ministerpräsident sagt, er mache das nicht mit,

(Zuruf des Abg. von Schewick (CDU))

weil er kein Geld habe, dann habe ich immerhin vor dieser Ehrlichkeit noch Respekt. Aber hier wird doch genau das Gegenteil getan.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

(Schauerte (CDU))

- (A) Hier wird eine Politik eingefleitet mit vielen Nebelkerzen, mit viel Eierei, mit viel Segeln durch das Land

(Dr. Linssen (CDU): Und Spagat!)

- und Spagat, wie immer wir das auch nennen -, die da behauptet, man werde den Tarifvertrag umsetzen. Tatsächlich hat man die Gewerkschaften an diesem Punkt betrogen. Das muß hier deutlich formuliert werden.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P., - Frey (SPD): Sie sind ja ein bedeutender Arbeiterführer!)

Ich sage für die CDU abschließend: Wir hätten niemandem versprochen und wir würden niemandem versprechen, daß wir die Arbeitszeitverkürzung komplett in neue Stellen umsetzen könnten. Aber wir erwecken auch nicht den gegenteiligen Eindruck, und das ist die ehrlichere Position in dieser Frage.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

(Dr. Linssen (CDU): Da bin ich aber gespannt! - Tschoeltsch (F.D.P.): Jetzt kommt wieder eine neue Rechnung!)

- (B) Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Tschoeltsch (F.D.P.): Jetzt kommt wieder eine neue Version!)

- Es kommt keine neue Version. Nur: Wenn etwas Falsches gesagt wird, ist es dann nicht richtig, darauf zu reagieren und es richtigzustellen?

(Zustimmung bei der SPD)

Es beginnt damit, daß ich bisher davon ausgegangen bin, es gebe über alle Parteien hinweg keinen Streit darüber, daß die Einkünfte aus Kapitalerträgen zu versteuern sind.

(Schauerte (CDU): Völlig richtig!)

Ich dachte, das gehörte sich wohl so, ich stelle durch Ihr Nicken fest, daß wir zumindest insoweit übereinstimmen.

Es geht darum, wie denn diese Steuerehrlichkeit erzeugt werden kann.

(Zustimmung bei der SPD)

daß für Kapitalerträge - so, wie die Arbeitgeber gehalten sind, die Einkünfte ihrer Arbeitnehmer dem Finanzamt mitzuteilen - eine ähnlich saubere Form gefunden wird. Darum haben sich die Sozialdemokraten bemüht.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben mit dem, was in der Bonner Koalition mit dieser Form von Quellensteuer gefunden worden ist, nichts zu tun gehabt.

(Henning (SPD): So ist es! - Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Sie haben erst recht nichts mit dem zu tun, was diese Quellensteuer an Begleitgesetzen hatte, beispielsweise die Amnestie,

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

wobei wir ja wissen, wie die Finanzgerichte in Nordrhein-Westfalen darauf reagiert haben, indem sie sie zur verfassungsgerichtlichen Überprüfung zugelassen haben. Für mich ist klar, was dabei herauskommen wird.

Soll ich Ihnen die Hunderte von Briefen mitbringen, die bezeugen, wie die Bürger auf dieses Amnestiegesetz reagiert haben, die bisher steuerehrlich waren, die zum Ausdruck bringen, wie sie sich vorgekommen sind?

(Zustimmung bei der SPD)

Nun sagen Sie: Das wird jetzt alles nicht mehr so sein. - Ich habe nicht gehört, daß die Möglichkeiten der Überprüfung zumindest bei den Banken, die Regelungen, die mit der Quellensteuer eingeführt worden sind, eingeschränkt werden sollen; denn insoweit soll das Gesetz offensichtlich nicht geändert werden. Das heißt, Sie wollen noch mehr Sicherheit für diejenigen, die nicht steuerehrlich sind, bestehen lassen. Ich halte das schon für eine eigentümliche Entwicklung.

Das ist die Grundsatzposition zur Quellensteuer. Das haben die Sozialdemokraten nie anders gesehen, weder im Wahlkampf 1983 noch im Wahlkampf 1987.

(Hardt (CDU): Das war nur eine Beschreibung, oder?)

- Nein. Ich habe doch eben die Übereinstimmung festgestellt, daß Erträge aus Kapital zu versteuern sind;

(Dautzenberg (CDU): Das ist doch bisher auch der Fall!)

da waren wir doch einer Meinung. Und es geht darum, wie das sichergestellt werden

(C)

(D)

(Minister Schleißer)

(A) kann. Ich habe den Eindruck, Sie wollen das nicht sicherstellen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Dann diffamieren Sie noch, das seien Neidgefühle. Wenn etwas korrekt zugeht, ist das Neid - eine eigentümliche Entwicklung, eigentümliche moralische Vorstellungen, kann ich Ihnen da nur sagen.

(Zustimmung bei der SPD - Henning (SPD): Wieder einmal erwischt!)

Ich bin gern bereit, dem Landtag - sobald es möglich ist; ich hoffe, das wird bald sein - einmal vorzutragen, welche weiteren Ergebnisse diese Quellensteuer mit sich gebracht hat, die vielen Nichtveranlagungsbescheinigungen, die wir den Rentnern und den Witwen in den Finanzämtern ausgestellt haben, bis die dann gelegentlich im Antrag merken, daß sie jetzt generell steuerpflichtig sind.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Doppmeier?

(Finanzminister Schleißer: Jawohl, Herr Präsident.)

- Bitte schön!

Doppmeier CDU: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie für eine Quellensteuer inklusive Kontrollmitteilungen sind?

(B)

Schleißer, Finanzminister: Herr Kollege, ist es denn so schwer, das festzustellen oder sich einzuprägen?

(Doppmeier (CDU): Ja oder nein?)

- Wir sind für die exakte Besteuerung der Erträge aus dem Kapital.

(Beifall bei der SPD)

Das sind Sie auch, habe ich gehört. Dann laßt uns doch darum kümmern, daß das möglich ist,

(Hardt (CDU): Wie denn, Herr Minister?)

und machen Sie nicht das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Es gibt genügend Möglichkeiten. Die anderen Staaten praktizieren, wie Steuergerechtigkeit

hergestellt werden kann. Wenn Sie in der Bundesrepublik nicht wissen, wie man Steuergerechtigkeit herstellt, dann unternehmen Sie doch erst gar nicht den Versuch in Bonn, den Anschein zu erwecken, Herr Kollege.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege, was den Bereich des öffentlichen Dienstes angeht und die Möglichkeiten, die dieser Tarifvertrag zur Arbeitszeitverkürzung gebracht hat, sage ich Ihnen abschließend - und wenn Sie noch über viele Runden dazu reden -: Finanzmittel hat das Land aufzubringen aufgrund des Haushalts 1989 und des Nachtragshaushalts, den wir jetzt beraten, in einer Größenordnung von 6 140 Stellen allein im Schulbereich - Mittel, die in unterschiedlichen Haushaltsjahren fällig werden, aber den Haushalt später jährlich in dieser Größenordnung belasten. Wir haben immer sauberlich getrennt, Herr Kollege Schauerte, in das, was sofort zusätzlich an Neueinstellung möglich ist, und wo wir Arbeitsplätze gesichert haben. Schon daraus ergibt sich eine Dauerbelastung des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen in der genannten Größenordnung jetzt mit dem zweiten Nachtrag, und davon reden Sie keine Stelle weg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Schauerte hat ums Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort. - Herr Kollege Schauerte!

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, ich danke Ihnen für ein Stück Klarheit. Jeder, der Ohren hatte, mußte daraus hören, daß Sie für eine Quellensteuer sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich darf eine zweite Bemerkung anschließen:

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die CDU wird sich von niemandem übertreffen lassen bei dem Bemühen - -

(Lachen bei der SPD)

- Wenn jemand bei einer solchen Formulierung bereits laut lacht, obwohl er gar nicht weiß, was denn gesagt werden soll,

(Erneut Lachen bei der SPD)

dann könnten Sie mir ja mal den Vorschlag machen, was ich sagen wollte.

(Unruhe)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) Die CDU wird sich von niemandem dabei übertreffen lassen, daß die steuerlich relevanten Tatbestände dann auch erfaßt werden und zu Steuerabgaben führen.

(Zustimmung bei der CDU - Kniola (SPD): Wir haben doch zu Recht ge-lacht.)

Die SPD wäre bei der Quellensteuerrdiskussion wirklich ehrlich gewesen, wenn sie gesagt hätte: Uns ist das alles noch zu wenig. Ich erinnere an das, was Finanzminister Posser aus einer klaren sozialdemokratischen Haltung zu diesem Thema gesagt hat. Ihm war die Quellensteuer zu niedrig. Das war sie auch im Denken der SPD. Nur: Taktisch paßte es nicht, und deswegen bekämpfte man sie nachher insgesamt und verlor damit ein Stück von steuerpolitischer Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Finanzminister Schließer)

Herr Finanzminister, leider haben Sie zum Thema der neuen Stellen und der Umsetzung des Tarifvertrages nichts Neues hinzugefügt, außer einer wieder ganz neuen Zahl, die noch niemand überprüft hat. Die Unübersichtlichkeit, oder um es bei meinen vorherigen Worten zu belassen, die Intensität der Täuschungsmaßnahmen zur Verheimlichung der Wirklichkeit im Personalbereich, zur Vertuschung der wirklichen Fakten im Personalbereich, hat hier gerade durch Ihren neuen Auftritt eine kleine - nur eine kleine - weitere Nuance hinzubekommen. Wir bedauern das sehr.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich frage, ob weitere Wortmeldungen vorliegen. - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich die Beratung schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzesentwurf in der Fassung der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 10/4293 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzesentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen jetzt ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4324. Wer dieser Entschließung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimment-

haltungen? Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 10/4324 abgelehnt. (C)

(Henning (SPD): In der Sache erledigt.)

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Errichtung einer Ingenieurkammer in Nordrhein-Westfalen
(Ingenieurkammergesetz - IngkammG)

Gesetzesentwurf
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2146

Beschlußempfehlung und Bericht des
Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
Drucksache 10/4292
zweite Lesung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/4306

Dieser Entschließungsantrag 10/4306 aller drei Fraktionen wird in die Beratung mit einbezogen. Über ihn wird nach Verabschiedung des Gesetzesentwurfes abgestimmt.

Ich eröffne die Beratung. Wer wünscht das Wort? - Bitte schön, Herr Abg. Apostel für die Fraktion der SPD.

Apostel* (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 9. Juli 1987 hatten wir einen Gesetzesentwurf der F.D.P. auf Errichtung einer Ingenieurkammer hier in Plenum, haben ihn beraten und an die Ausschüsse überwiesen. Heute, knapp zwei Jahre später, haben wir den Vorgang nach gründlicher Beratung in den Ausschüssen wieder in Plenum. Bis dahin ist sicher noch alles normal. Wenn man an dem heutigen Ereignis trotzdem etwas nicht Alltägliches findet, dann liegt es mehr in der Tatsache, daß wir einen politischen Sachzusammenhang beraten, zu dem die großen Fraktionen bei der ersten Lesung eine andere Meinung geäußert haben, als sie sie nun in der gemeinsamen Entschließung zum Ausdruck bringen.

In der ersten Beratung im Wirtschaftsausschuß zeichnete sich eine mehrheitliche Ablehnung des Gesetzesentwurfes ab. Trotzdem wurde aber eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen vereinbart, um eine Überprüfung der Argumente zu ermöglichen. Zu dem im Ausschuß formulierten Fragestellungen wurden 30 sachverständige Stellen in Ministerien, Kammern, Verbänden und Organisa-